

Fair geförderte Sanierungen: Energiearmut in Mietwohnungen bekämpfen

Entdecken Sie die neuesten Ergebnisse der Studie von Öko-Institut und Deutschem Mieterbund zur sozial gerechten Förderung energetischer Sanierungen im Mietwohnungssektor. Erfahren Sie, wie einkommensschwache Haushalte von neuen Fördermodellen profitieren können und welche Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie vorgeschlagen werden. Informieren Sie sich über den aktuellen Stand und die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine gerechte Wärmewende.

Sanierungen im Mietsektor: Ein Schritt zur sozialen Gerechtigkeit

Die Diskussion um energetische Sanierungen von Mietwohnungen nimmt Fahrt auf, insbesondere im Kontext der Wärmewende. Eine neue Studie, die heute von Öko-Institut und Deutschem Mieterbund vorgestellt wurde, hebt die Dringlichkeit hervor, den Mietwohnungssektor gerechter zu gestalten. Mit über 21 Millionen Mieterhaushalten in Deutschland sind besonders viele einkommensschwache Haushalte betroffen, die von den aktuellen Fördermaßnahmen wenig bis gar nicht profitieren.

Herausforderungen für einkommensschwache Haushalte

Eine alarmierende Erkenntnis der Studie ist, dass mehr als die Hälfte der Mieterhaushalte zum unteren Einkommensdrittel gehört. Das macht es entscheidend, dass die Bundesregierung eine sozial gerechte Förderpolitik etabliert. Dr. Melanie Weber-Moritz, Bundesdirektorin des Deutschen Mieterbundes, betont: „Eine sozial ausgerichtete Förderpolitik sollte energetische Sanierungen dort unterstützen, wo Haushalte mit geringem Einkommen leben.“ Diese soziale Komponente ist entscheidend für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung.

Neue Förderansätze zur Mietpreisbindung

Die Studie schlägt die Einführung eines zusätzlichen Förderbonus vor, der auf eine langfristige Mietpreisbindung abzielt. Das bedeutet, dass Vermietende sich verpflichten, die Miete unter einer festgelegten Obergrenze zu halten. Dies könnte eine wesentliche Maßnahme sein, um sicherzustellen, dass energetisch sanierte Wohnungen trotz der Kosten nicht unerschwinglich werden. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit zusätzlicher Fördermittel für Sozialwohnungen betont, um auch dort einen Anreiz zur Sanierung zu schaffen.

EU-Richtlinien als Rahmen für soziale Maßnahmen

Die EU-Gebäuderichtlinie verpflichtete Deutschland dazu, bis zum 29.5.2026 nationale Gesetze zu erlassen, die schutzbedürftige Haushalte in den Mittelpunkt der Transformationsprozesse stellen. Dr. Sibylle Braungardt vom Öko-Institut weist darauf hin, dass gegenwärtige Fördermittel häufig von Haushalten mit hohem Einkommen in Anspruch genommen werden. Ihre Studienergebnisse zeigen auf, wie gezielte Unterstützung für einkommensschwache Mieterinnen und Mieter möglich ist.

Konkrete Vorschläge für die Umsetzung

Die in der Studie formulierten Empfehlungen sollen die Bundesregierung motivieren, Maßnahmen zu entwickeln, die sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch der energetischen Effizienz dienen. Dr. Weber-Moritz fordert die zuständigen Ministerien auf, diese Vorschläge schnell und effektiv umzusetzen. „Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der europäischen Vorgaben im nationalen Recht geleistet werden“, so ihre Einschätzung.

Fazit: Der Weg zu einer sozialen Wärmewende

Die Forschungsergebnisse aus der Studie zu sozial gerechten Fördermaßnahmen könnten die Rahmenbedingungen für zukünftige Sanierungsprojekte im Mietbereich verändern. Für die Betroffenen kann dies die Möglichkeit bedeuten, auch an der Wärmewende teilzuhaben, ohne finanziell überfordert zu werden. Die zukünftige Entwicklung in der Förderung von energetischen Sanierungen wird maßgeblich darüber entscheiden, wie gerecht und nachhaltig der Wohnungsmarkt tatsächlich ist.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de